

Pressemitteilung des Bundesamtes für Naturschutz

Bonn, 03. Dezember 2007: Anlässlich der heute beginnenden 13. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention auf Bali weist das Bundesamt für Naturschutz (BfN) auf die Notwendigkeit hin, die Ziele des Klima- und Naturschutzes in Zukunft enger miteinander zu verzahnen. "Wir hoffen, dass mit dieser Klimaschutztagung eine neue, entscheidende Phase der internationalen Bemühungen zum Klimaschutz beginnt, die auch auf nationaler Ebene politisches Handeln erforderlich macht", betonte die Präsidentin des BfN, Prof. Beate Jessel.

Erste Ergebnisse eines vom BfN geförderten Gutachtens der Leibniz-Universität Hannover zum "Einfluss veränderter Landnutzungen auf Klimawandel und Biodiversität" verdeutlichen den engen Zusammenhang zwischen Klimaschutz und Naturschutz. Insbesondere eine angepasste Landnutzung und ein integratives Management von Naturschutzflächen bieten ein erhebliches Potential zur Minderung von Treibhausgas-Emissionen und zur Anpassung an den Klimawandel. "Dieses Potential ist noch lange nicht ausgeschöpft und sollte gerade im internationalen Kontext stärker berücksichtigt werden", forderte Prof. Jessel.

Der Klimawandel ist voraussichtlich mit erheblichen Veränderungen der Intensität und der Verteilung der Niederschläge in Deutschland verbunden. Diese werden regional sehr unterschiedlich ausfallen - in Teilen Nordost- und Südwestdeutschlands wird mit Rückgängen der Sommerniederschläge von bis zu 30% zu rechnen sein, während es an anderer Stelle, etwa in den Mittelgebirgslagen auch zu einer Erhöhung der Niederschläge kommen kann. In Verbindung mit einer durch höhere Temperaturen begünstigten Verdunstung werden sich bei rückläufigen Niederschlägen spürbare Auswirkungen auf den Wasserhaushalt und damit z. T. drastische Auswirkungen auf die Nutzbarkeit der Böden für Land- und Forstwirtschaft ergeben. "Für Brandenburg prognostizieren verschiedene Modelle z. B. eine Verringerung der Jahresniederschläge bis auf unter 400 mm. Dadurch könnten Flüsse und Moore im Sommer austrocknen und die Weizenerträge würden sich um ca. 17% verringern", erläuterte Prof. Jessel. Dadurch werden regional differenzierte Anpassungsstrategien erforderlich – großflächige Aufforstungsmaßnahmen und das Zuwachsen von Landschaften etwa können dort kritisch zu sehen sein, wo der Wasserhaushalt ohnehin durch Rückgänge in den Niederschlägen und im Grundwasserdargebot in Mitleidenschaft gezogen ist.

Die Landnutzung ist nach den Erkenntnissen des BfN damit sowohl Verursacher als auch Betroffener des Klimawandels in Deutschland. Wälder etwa sind wichtige Senken für Treibhausgase (THG), werden aber durch Schadstoffe, steigende Temperaturen und geringere Wasserverfügbarkeit in ihrer Senkenfunktion für CO₂ geschädigt. Die Landwirtschaft kann v. a. durch angepasste, naturverträgliche Wirtschaftsweisen ebenfalls als THG-Senke wirken, trägt derzeit jedoch zu 75 % der Methan- und zu 63 % der Lachgasemissionen bei. "Durch eine auf Naturverträglichkeit und Klimaschutz optimierte Landnutzung, den Erhalt von Mooren, Naturwäldern und Grünland sowie der Renaturierung unserer Flüsse und Auen können auch wir in Deutschland wesentlich zum Klimaschutz und zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen beitragen", so Prof. Jessel.

In diesem Zusammenhang wies das BfN auch darauf hin, die Folgen der Erzeugung erneuerbarer Energien im Vorfeld politischer Maßnahmen gründlich zu untersuchen. "So

darf etwa in puncto Wasserkraft die Reduktion des CO₂-Ausstosses nicht als alleiniges Argument verwendet werden. Genauso zu bedenken sind hier die Folgen für die Durchgängigkeit der Gewässer für Wanderfische, die typischen Lebensgemeinschaften der Auen und Feuchtgebiete sowie deren intakter Wasserhaushalt. In Anbetracht der möglichen Reaktivierung zahlreicher kleiner Wasserkraftwerke ist hier eine sorgfältige Abwägung der verschiedenen Aspekte vonnöten. Auch die Zunahme des Maisanbaus für die energetische Nutzung ist in vielen Regionen kritisch, da er einen sehr hohen Wasserbedarf hat und teilweise in Bereichen deutlich zunimmt, die für Ackernutzung eher weniger geeignet sind, wie z. B. die Auen der großen Flüsse", erläuterte die Präsidentin des BfN.

Die Ergebnisse der Uni Hannover zeigten damit eindeutig, dass den Auswirkungen des Klimawandels nicht nur durch technische Maßnahmen begegnet werden darf. Das BfN führt mehrere Forschungsvorhaben durch, die sich mit der Optimierung der Landnutzung, der Stabilisierung des Landschafts-Wasserhaushalts und den Beiträgen des Naturschutzes zum Klimaschutz, zur Anpassung an den Klimawandel mit der Optimierung der Landnutzung und der Stabilisierung des Landschafts-Wasserhaushalts beschäftigen.

"Gerade die Maßnahmen und Instrumente des Naturschutzes bergen ein großes Potenzial, das wir zukünftig verstärkt nutzen müssen. Insbesondere die Integration von Naturschutzmaßnahmen in die Landnutzung, die Einrichtung eines wirksamen Biotopverbunds, ein nationales Fluss- und Auenprogramm sowie die Formulierung regional differenzierter Leitbilder und Anpassungsstrategien über die Landschaftsplanung können sowohl zum Klimaschutz als auch zum Erhalt der Biodiversität beitragen", schloss Frau Jessel.

Hinweis:

Die Bundesregierung setzt sich besonders für den Erhalt der biologischen Vielfalt ein. Im Vorfeld der UN-Naturschutzkonferenz führt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eine Kampagne zur biologischen Vielfalt durch, um die Öffentlichkeit auf den Wert und den Nutzen der biologischen Vielfalt aufmerksam zu machen. Weitere Information unter www.naturallianz.de.

Hrsg: Bundesamt für Naturschutz
Referat Presse/Öffentlichkeitsarbeit
Konstantinstraße 110
53179 Bonn
Fon: 0228/8491 – 4444
Fax: 0228/8491 – 1039

presse@bfn.de
www.bfn.de